

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckschrift: Nachrichten Dresden.
Gesamtnummer 25 241
Preis für Nachdrucke: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr in Sachsen und Thüringen bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post
bei Regelmäßigkeitserhalt monatlich 0,30 M., einschließlich 0,10 M.
Die 1. Spalte 20 zum zweiten Seite 2 M., und Sonntagszeitungen, Monate unter
Gebühr u. Abonnementssatz, Postage 2 M. u. Postkarte 20 P., Bezugspflicht laut
Post. Ausführliche Anzeigen gegen Herausgabezeitung. Gesamtnummer 20 M.

Schriftrichtung und Ausgabestelle:
Marktstraße 55/40.
Druck u. Verlag von Neiß & Reißer in Dresden.
Postleitzahl-Romme 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Ndt.“) gestattet. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei und Café Uhlich
Strehlener Straße 3 (2 Min. vom Hauptbahnhof)
Täglich: Unterhaltungsmusik
Vorzügliches Geblüm — Eis und Eisgetränke — Bier, Wein, Likör

14 Ring-
straße Königsdiele
Vornehmes Restaurant

Schokolade
Deutschmeister
wirklich
hervorragende Qualität
Petzold & Auhorn A.-G., Dresden

Die Entscheidung über Bayern verlagt.

Ungeführte Beleidigungen der deutschnationalen Abgeordneten.

(Drucksmitteilung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 12. Sept. Am Nebenwahlauswahltag teilte im weiteren Verlaufe der Sitzung Dr. Werner (Bayr. Wp.) mit, daß über das Wahl des Berliner Kompromiss binaus der händische Aufschluß des bairischen Landtags durch die Mehrheit seiner Koalitionsparteien noch zwei Richtungen hin noch ein weiteres Entgegenkommen seitens der Reichsregierung vorliege. Durch Änderung des § 4 der Verordnung sollten jetzt für die Verbote der Zeitungen um, die Landeszentralbehörden und die von ihnen betreuten Stellen ausnahmsweise sein. Die Exekutive der Verbote sollte in erheblichem Umfang den Ländern überlassen bleiben. Besonders § 7 der Verordnung soll eine Weichwerbung gegen etwaige Verbote dem Obersten Gericht des Landes vorzulegen sein. Der Grund dieses Verlaufs sei, daß in Bayern allgemein verbreitete befürchtungen einer Neinrichtung der bairischen Polizeiwalte. Der Ernst der Situation erzebe sich aus der Tatsache, daß die neuen Münchner Verordnungen von sämtlichen Parteien der bairischen Koalition einschließlich der Mittelpartei (Deutsch-nationale Partei) abgelehnt worden sind und daß ihnen selbst die Vertreter der Wehrheitssozialisten nicht widersprochen. Es dürfe in Berlin nicht vergessen werden, daß der überwiegende Teil des bairischen Volkes noch heute den Annahmenstand für erforderlich und seine Aufsicht für angebracht halte. Die Aussonderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August werde als einseitig gegen rechte gerichtet angesehen. Ihr Inhalt überdeutlich für den bairischen Staat, der bisher in einem Recht keinen Schutz gefunden habe, versteckt erachtet und die ganze Aktion als ein mit den Grundlagen des Bundesstaates nicht zu vereinbarender Eingriff in die Polizeibehörden der Länder empfunden.

Reichskanzler Dr. Wirth

verließ zunächst die Räume des § 4, wie er von bairischer Seite vorschlagen werde. Der Reichskanzler nimmt an, daß die bairischen Koalitionsparteien entweder von sich aus oder durch die Regierung neue Verhandlungen eröffnen würden. Bisher ist ihm ein Führer dieser Verhandlungen noch nicht bekannt. Es sei also noch unmöglich, schon heute abschließend dem Verlangen der bairischen Koalitionsparteien zu entsprechen. Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Rath, fügt Dr. Wirth fort, ist eine neue politische Situation entstanden. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß es nur erwünscht sein kann, daß wir bald in eine Aussprache mit den bairischen Herren eintreten können. Wenn das noch heute geschehen kann, so ist das mir mehr erwünscht, als wenn es morgen ecklicht. Ich bin auch der Ansicht, daß es mir im Hinsicht auf die letztthin geführten Verhandlungen nicht als unmöglich erscheint, an einer unnehmbaren Basis zusammen. Ich betone aber noch einmal, im Hinblick auf die letztthin hier geführten Verhandlungen. Ich warte die Bekanntmachungen mit den bairischen Vertretern ab, um dem Ausstich nach diesen so schleunig wie nur möglich und abschließend die Stellung der Reichsregierung mitteilen zu können.

Bayerischer Gesandter v. Preyer: Nachdem am vorigen Donnerstag allgemein davon die Rede war, daß § 4 von der Reichsregierung entschieden werden könnte, wurde von einer kleinen juristischen Kommission eine Fassung des § 4 vorgenommen, die in dem entscheidenden Schlusshaus folgendermaßen lautet: „Blauband des Landeszentralbehörden einem solchen Erlassen des Reichsinnenministers erlassen. Die Landes-Zentralbehörden haben diesem Erlassen zu entsprechen, indem sie die Entscheidung des nach § 7 zuständigen Ausschusses darüber anzurufen, ob nach der Anordnung darüber handeln ist.“ Die bairische Deputation erklärte sofort, daß ihr dieser Vorschlag des Reichsministers vollständig unannehmbar erschien. Daran wurde nach einer Fassung gefügt, die der bairischen Regierung und den bairischen Koalitionsparteien erträglich erschien, und es ist dann der Vorschlag gemacht worden, der in der letzten Fassung enthalten ist und dann von den Koalitionsparteien nach München mitgeteilt wurde. Von den Vertretern der Koalitionsparteien wurde geglaubt, daß diese Fassung vielleicht noch erträglich sein könne, aber die Vertreter der bairischen Staatsregierung haben es ausdrücklich vorbehalten, daß die Regierung in München und der Ständige Landtag ausschlußlich an dieser Frage noch Stellung nehmen müßten.

Reichskanzler Dr. Wirth hob zu den Ausführungen des bairischen Gesandten hervor, daß die bairischen Herren wiederholts erklärt hätten, daß sie weder zu einem Abschluß der Verhandlungen noch zu einem definitiven Kompromiß nach Berlin gekommen seien, sondern sie hätten den Vorbehalt gemacht, daß alles, was vereinbart wird, sowohl der

Nachprüfung durch den bairischen Landtag, wie durch das Staatsministerium bedarf. Es steht fest, daß tatsächlich die Anregung, wenn auch nicht a priori, so doch im Laufe der Verhandlungen von dem Vertreter der bairischen Regierung aus erfolgt sei.

Nach dem Reichstagssitz sprach der deutsch-nationalen Abg. Dr. Herzl. Die deutsch-nationalen Fraktion verlangte unbedingte Annahme der umgearbeiteten bairischen Vorschläge von der Reichsregierung. Sie sei der Meinung, daß es sich hier um eine Schicksalsfrage für Deutschland handele, die nicht weiter hinausgeschoben werden dürfe. Die Fraktion behalte sich vor, auf ihre Anträge zurückzukommen. Abg. Dittmann sprach dazu von den deutsch-nationalen Mörderbanden. Diese Anerkennung rief lebhafte Entrüstung bei den anwesenden deutsch-nationalen Abgeordneten hervor. Wegen vereinzelter gerechter Empörung stimmten gebender Ausdruck wurden die deutsch-nationalen Abgeordneten zur Ordnung gezwungen. Da der Vorsitzende nicht auch gleichzeitig den Abgeordneten Dittmann zur Ordnung rief, protestierten die Deutsch-nationalen dogmatisch und verließen schließlich den Saal. Dann trat man noch in eine längere Geschäftsausschusssitzung ein. Schließlich wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzung auf Donnerstag vorzeitig 10 Uhr vertagt.

Kabinettssitzung in Berlin.

Berlin, 12. Sept. Heute nachmittag 5 Uhr begann eine Kabinettssitzung, in der die Reichsregierung zu der durch den Rücktritt des bairischen Ministerpräsidenten v. Rath geschaffenen neuen Situation Stellung nehmen will.

Rücktritt des bairischen Gesamt-kabinetts.

Berlin, 12. Sept. Wie dem „Süd-Uhr-Blatt“ und München berichtet wird, hat das Gesamtministerium in seiner heutigen Sitzung die politische Lage erörtert. Danach ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Nach § 66 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Um die Nachfolgehaft v. Kahrs.

Berlin, 12. Sept. Zur bairischen Ministerfrist berichtet die „Voss. Ztg.“, daß der Kultusminister Matt vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Ministerpräsidenten betraut worden ist. Die jetzige Koalition, vermindert um die rechtstheorie Mittelpartei, werde offenbar auch die künftige Regierungskoalition bilden. Neben den Nachfolger Rath versucht in Münchner politischen Kreisen, daß die Bayerische Volkspartei als stärkste Landtagsfraktion den Ministerpräsidenten aus den Kreisen der Beamenschaft nehmen wird. Außerdem wird noch genannt Überregierungsrat Dr. Hans Schmidle, einer der Hauptarbeiter im bisherigen Ministerium.

München, 12. Sept. Die „Bayrische Volkspartei-Korrespondenz“ erklärt, daß auch heute noch Nähe des Manns des Vertrauens der Koalitionsparteien und der großen Mehrheit des bairischen Volkes sei. Sie hofft, daß er sich noch zu den großen Erfiern durchsetzen möge, auch scheinbar dem Lande seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Die Abstimmung der bairischen Volkspartei sei kein Akt des Mißtrauens gegen den Vorstand, sondern nur aus dem Grunde gegen den Vorstand der Staatsregierung erfolgt, weil die bairische Volkspartei alleine, auf diesem Wege einen Ausgleich mit der Reichsregierung finden zu können. Die Kürlichkeit der Reichsregierung wird als der Grund der schweren Krise, in die die Bayern verwickelt wurde, bezeichnet.

Wie der Münchner Korrespondent des Berl. Vol.-Ans. meldet, ist Herr v. Rath in der Sonnabend-Nacht mit seinen Nerven vollständig zusammengebrochen. Er hat erkrankt, lieber sterben zu wollen, als von dem für recht erkannten Wege der Ehre und Politik abzuweichen.

München, 12. Sept. Zum Rücktritt des Ministeriums steht schließlich die „Staatszeitung“. Das Vertrauen, mit dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Rath steht, ist durch den Verlust, den die Verhandlungen über die Besetzung des Annahmenzweckes genommen haben, nicht im mindesten erschüttert worden. Als Regierung der Verhüttung, der Ordnung, der Wiedererrichtung der Staatsautorität und des Wiederaufbaues hat das Ministerium Rath sich derart bewährt, daß sein Entschluß so folgerichtig und unvermeidbar er nun einmal durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten war, ebenso bedauert werden muß, wie der Entschluß des Ministerpräsidenten selbst. Das weitere steht nun beim Landtag, über dessen Einberufung bis zur Stunde noch nichts bekannt ist. (W. T. B.)

Hassenlassung v. Hirschfeldes.

Berlin, 12. Sept. Das Landgericht Offenburg hat den vom Amtsgericht Oberkirch gegen Oswald v. Hirschfeld erlassenen Haftbefehl aufgehoben. Nach den Gründungen des Gerichtsbeschlusses können die Tatsache des früheren Anklages des Beschuldigten die Nähe Calmbachs beim Tatort und bei den Orten, wo der Ermordete vom 1. Juli an sich aufgehalten hatte, sowie schließlich der Todes ähnlich ist, am 24. d. in Calmbach den Tatverdacht nicht lebten. Für längere Abwesenheit des Beschuldigten von Calmbach während seines dortigen Aufenthalts haben die Ermittlungen keinen genügenden Anhalt ergeben. (W. T. B.)

Der Streit um das Finanzabkommen vom 13. August.

Naum ist die erste deutsche Goldmilliarde prompt in die Kassen des Reparationsausschusses geflossen, da hat auch alsbald unter den Alliierten eine heftige Kabbalgerei wegen der Verteilung angehoben. Es war darüber am 13. August ein Finanzabkommen geschlossen worden, dessen hauptsächlichste Bestimmung dahin lautete, daß Belgien von der Milliarde 550 Millionen erhalten sollte, während der Rest den Engländern zur Deckung ihrer Belastungskosten zugesprochen wurde. Der französische Finanzminister Doumer habe sich vorbehaltlich der Zustimmung seiner Regierung mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Darauf begann die Pariser Presse ein gewaltiges Vormen und sie hat damit bereits den Erfolg erzielt, daß die Ratifikation des Abkommens in Frage gestellt ist. Daß Belgien auf Grund der Abmachungen von Versailles und Spa auf die erste deutsche Milliarde ein Vorsprungrecht besitzt, bestreitet Frankreich allerdings nicht, wohl aber wendet es sich gegen die Art der Vergleichung der Besatzungskosten, durch die den Engländern 450 Millionen angelassen werden, während Frankreich nichts erhält. Die Besatzungskosten sollen nämlich nach den Abmachungen des 13. August, soweit sie Frankreich betreffen, gegen den Wert der Saargruben verrechnet werden und der überschließende Teil dieses Wertes soll zur Verminderung der französischen Ansprüche an die deutsche Reparationssumme dienen. Demnach würde die Pariser Staatskasse bei der ersten Milliarde vollauf leer ausgehen. Davon will man in den politischen Kreisen der Republik, die das Heft in der Hand halten, nichts wissen, wenn nicht auch England gleichzeitig dieselbe Bezahlung erhält, und man stellt sich auf den Standpunkt, daß es nur zwei Möglichkeiten gebe: entweder Belgien behalte die ganze Milliarde, wie es sein gutes Recht sei, oder wenn es durchaus sich mit 550 Millionen begnügen wolle, so müsse der Rest zur Verfügung des Reparationsausschusses bleiben. Ein Vorrecht der Besatzungskosten will man in Paris überhaupt nicht anerkennen. Man argumentiert dabei folgendermaßen: Eine derartige vorausgewisse Befriedigung war nur für die 20 Milliarden vorgesehen, die Deutschland bis zum 1. Mai zu zahlen hatte. Neben dieser Summe hatte sich bekanntlich eine heftige Meinungsverschiedenheit entwickelt, die Deutschen erklärte, daß sie insgesamt durch Sachleistungen bereits abgebürdet sei, während Frankreich dies nur für 8 Milliarden gelten lassen wollte, so daß noch 12 Milliarden von Deutschland noch zu zahlen geblieben wären. Die Auseinandersetzungen endeten damit, daß die Alliierten auf die Zahlung des kritischen Vertrages verzichteten, und im Anschluß daran erklärten nur die Franzosen, daß mit der Forderung auch das daran gefügte Vorsprungrecht hinfällig geworden sei und nicht auf andere deutsche Zahlungen übertragen werden dürfe. Wegen der Saargruben berufen sich auf eine früher an Deutschland gerichtete Note, in der ausdrücklich festgestellt wurde, daß eine Verrechnung des Wertes der Gruben gegen die Besatzungskosten unzulässig sei.

Die Angelegenheit hat die Gemüter in Frankreich sehr erregt und das gallische Temperament kommt bei der Erörterung in der Presse sowohl England wie Deutschland gegenüber ungehemmt zum Ausdruck. Ganz besonders geht es wieder einmal über Deutschland her, gegen das alle Regierungen der obersten Verleumdung und Verdächtigung gezogen werden, von deren giftigem Hauch getroffen der Wiesbadener Oelsweiß die Blätter senkt und rasch zu verdorren droht. Es ist eben feinerlei Verlust auf die Franzosen, heute so, morgen so, ganz wie sie die hysterische Panik des Augenblicks plagt. Wenn man alles das, was gegenwärtig im Zusammenhang mit den Erörterungen über das Finanzabkommen geschieht und von der französischen Regierung mit kritiklos Gläubigkeit hingenommen wird, zusammenfaßt, so ergibt sich folgendes Bild: Deutschland sieht unmittelbar vor dem Bankrott, aber nicht vor einem durch die Verhältnisse zwangsläufig und unausweichlich herbeigeführten, sondern vor einem in betrügerischer Absicht künstlich geschaffenen. Kernes hat bekanntlich um die Mitte des vorigen Monats in einem englischen Blatte sich einnehmend über die Frage geäußert, ob Deutschland dauernd in der Lage sein werde, seine Reparationspflichten auf Grund des Londoner Ultimatums zu erfüllen, und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß zwischen Februar und August 1922 unbedingt der Zeitpunkt eintreten müßte, wo Deutschland nicht mehr zahlen könnte. Auf dieser Grundlage sieht nun die blühende französische Phantasie, um sich in Verquickung mit dem deutschen Bankrotz das weitere auszumalen. Die Auslastungen von Kernes sind noch französischer Auslastung befehlte Arbeit, um für die Regierung Wirth die nötige moralische Rückendeckung zu schaffen. Inzwischen aber hätten Dr. Wirth und Dr. Rathenau bereits von Anfang ihrer Tätigkeit an nur das eine Ziel im Auge gehabt, durch Herbeiführung des deutschen Bankrotts Deutschland aus der Schulden der Reparationen zu ziehen. Zu dem Zwecke hätten sie sich erst erfüllungsfreudig und erfüllungsbereit gemacht, um die Wachsamkeit der Entente einzuschärfen, und unter diesem Deckmantel seien umfassende Vorbereitungen für den „betrügerischen Bankrott“ getroffen worden, indem

man alles deutsche Gold an einen sicheren Ort ins neutrale Ausland gebracht und ebenso gleich nach dem Standesgebot des Völkerbundes steckte den gewaltigen Salutschuß ins Werk gelegt wurde. So malt sich in französischen Köpfen die Welt, sobald Deutschland in Frage kommt und den Franzosen etwas nicht nach Spanien geht! Ja, noch mehr! Die deutsche Industrie wird direkt beschuldigt, sie arbeite zusammen mit den Großbanken insgeheim mit allen Mitteln daran hin, um nach der Abschaffung der Reparationslast durch den Bankrott die deutsche Wirtschaft dauernd so niedrig zu halten, daß die deutsche Außenindustrie wegen ihrer niedrigen Wettbewerbskosten auf dem Weltmarkt alle Preise der Alliierten und der Neutralen unterblieben und so die fremden Abnahmärkte ausknüpfen könnten. „Wir können nicht dulden“, rief der „Molin“ aus, „daß während unsere Bauern auf die Bezahlung ihrer zerstörten Häuser warten, die deutsche Arbeiter die Industrien Italiens, Spaniens, Dänemarks und Südafrikas an sich reiht, Konfessionen in Nachland laufen und aus der Niederlage und dem Bankrott Deutschlands Stagen zieht.“

So erörtert sich selbstverständlich, derartige überflüssige Ergüsse eines erbitterten romanischen Deutprozeßes ernstlich zu widerlegen. Nur die eine Bemerkung sei gestattet, daß der Anreiz zur Ausfuhr, der in dem niedrigen Stande der Wirtschaft liegt, nicht ins Endlose geht, sondern daß es eine bestimmte unübersteigbare Grenze an der Stelle findet, jenseits deren Deutschland nicht mehr insland sein würde, die für seine Industrie lebensnotwendigen Rohstoffe an das Ausland zu bezahlen. Das ganze Ereignis ist auch nur Mittel zu einem ganz bestimmten Zwecke. Die Franzosen wollen nämlich Deutschland gegenüber völlig die Hände frei haben und an einerlei hemmenden Zwang durch den Vertrag verhindern, so feinerlei bremenden Einfluß von englischer Seite mehr gebunden sein. Der deutsche Bankrott allein, so erklärt das vorhin genannte Pariser Blatt, würde schon als Grund genügen, um uns an der Ratifizierung des Abkommens vom 13. August zu hindern, und dann kommt des Vudels Kern: die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Kontrolle über Deutschland soll unter Verufung auf den anabild drohenden Zusammenbruch nicht bloß nicht gelockt, sondern noch verschärft werden. In diesem Sinne ist die französische Politik einsatzfähig. Die Pariser Regierung wird zum Erfolg des Finanzabkommen vom 13. August einen anderweitigen Vorfall machen, der den Alliierten Gelegenheit geben soll, sich mit Deutschland einzeln und anderer Grundlage als der des Verfaßter Vertrages über die Einschließung zu verhandeln, und gleichzeitig kommt aus Paris die Meldung, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nicht, wie feierlich versprochen, am 15. September aufgehoben werden, sondern so lange weiter bestehen sollen, bis Deutschland sich mit der Erteilung einer interallierten Kontrollkommission zur Überwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr im beliebten Gebiete einverstanden erklärt habe. Die deutsche Regierung kann einer vorbehaltlosen Annahme dieser Bedingung nicht zustimmen, weil ohne eine genaue und fortäßliche Abgrenzung der Beauftragten der Kommission die schwere Gewalt befehlt, doch das alliierte Organ seine Macht in allen möglichen Einflussungen in die deutsche Volksgewalt und in einer militärischen Anebaltung des ganzen wirtschaftlichen Lebens im befreiten Gebiete einzubringen werde. Hier ist also ein neuer Konfliktspunkt gegeben, der dringend erfordert, daß die deutschen verantwortlichen Zielen fest auf dem Standpunkt behalten, der allein mit dem deutschen Interesse zu vereinbaren ist. Nur eine gründliche Ausprache im Verhandlungsweg kann hier zu einem Ergebnis führen, das Deutschland stark gegen die Annahme erlaubt, sich eine unerträgliche fremde Oberaufsicht über seine gesamte Wirtschaftspolitik im befreiten Gebiete gefallen lassen zu müssen. Auch auf politischem Gebiete wird das französische Schwert gegen Deutschland in Verbindung mit den finanziellen Auseinandersetzungen wieder gezündet. Die Pariser Regierungspresse beginnt sich nämlich nicht mit den weiteren Hinweisungen der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, sondern holt auch wieder den Gedanken der politischen Abschaffung Deutschlands durch Bestrafung eines rheinländischen Pufferstaates hervor. Zur Verwirklichung dieses Plauses gehören allerdings zweit, die Franzosen, die ihn aussanden und propagieren, und die Rheinländer, die ihn sich gesellen lassen. Die Rheinländer aber sind bis auf die wenigen Querläufe vom Dortendorf-Schloß so deutsch und reichstreu bis in die Knochen, daß man sich fast verwundern muß, wie die Franzosen noch immer in der Illusion eines möglichen Abfalls des Rheinlandes vom Reich schwelgen können. Am März dieses Jahres hatte die interalliierte Rheinlandskommission Vertreter aller rheinländischen Parteien eingeladen, um sich von ihnen über die Stimmung in der Bevölkerung berichten zu lassen, und was da in ungeahnter Form zum Ausdruck gebracht worden ist, hätte gerade genügen können, um den Franzosen klar zu machen, daß ihre ganze Art der Verwaltung, insbesondere die Anebaltung der Presse, die Reichsäusserlichkeit und das brüskie Auftreten der französischen Soldaten, genau das Gegenteil von dem erzielt hat, was die Pariser Apostel der „friedlichen Durchdringung des Rheinlandes mit französischer Kultur“ als Vorstufe des Pufferstaates und der schlichtlichen völligen Angliederung an Frankreich erhofft hatten.

Dafür, daß die französischen Bäume im Westen nicht in den Himmel wachsen können, ist also schon durch die Reichsäusserkeit der Rheinländer gesorgt. Inzwischen aber wäre es leichter, von der Entente in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich weniger über das August-Abkommen, als darüber den Koß herzulegen, wie die deutsche Wirtschaft stabilisiert werden kann. Welche katastrophalen Einwirkungen auf Handel und Wandel die fortgesetzten Stürze der Mark auslösen, beweist die Tatsache, daß auf Grund der jetzigen Markkrise bedeutende deutsche Autarkeien an amerikanische Firmen für Betriebe, Lebendmittel und Rohstoffe zurückgezogen werden müssen. Wenig also Handel und Wandel in der ganzen Welt wieder in dauernden ordnungsmäßigen Gang gebracht werden sollen, muß die Reparationslast wesentlich erleichtert und eine internationale Wirtschafts-Anleihe für Deutschland endlich zur Tat gemacht werden. Solange die Alliierten sich dazu nicht vertheilen können, schneiden sie sich tief in das eigene Fleisch.

Scharfe Angriffe der Kleinen gegen die Große Entente.

Berlin, 12. Sept. Die kleine Entente hat sich, wie dem „W. T.“ gemeldet wird, infolge des passiven Verhaltens der Weimarer in der westungarischen Frage auf den Standpunkt gestellt, daß sie an der Übergabe Westungarns an Österreich nicht interessiert sei. Es sei Sache der Weimarer, die Magnaten zur Erfüllung des Trianon-Vertrages zu animieren. Sollte dies der Großen Entente nicht gelingen, dann werde auch die Kleine Entente die Trianon-Verträge nicht anerkennen und mit Ungarn einen neuen Frieden schließen, der alle Extremisten der Magnaten sowohl in der Habsburger Frage als in territorialen Angelegenheiten für immer ein Ende heben wird. In der Wankelmüthe der mit Ungarn feuerierenden Weimarer sieht eine Gefahr für Mitteleuropa, der die Kleine Entente um ihrer selbst willen ein Ende bereiten wird.

Was Clemenceau will.

(Eigner Drahtbericht der Dresden Nachrichten.)
Paris, 12. Sept. Clemenceau lehrte gestern von seiner Reise nach Korfka nach Marseille zurück. Auf die Frage eines Interviewers, ob er wirklich die Absicht habe, wieder auf der politischen Bühne zu erscheinen, antwortete Clemenceau: „Habe ich jemandem gesagt, daß ich wieder Politik betreiben will? Ich will nur eins, daß man mich in Ruhe lasse.“

Aus der Völkerbunderversammlung.

Berl., 12. Sept. Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittags in der Sitzung der Völkerbundversammlung eine große Rede über die momentane Lage des Völkerbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft seie. Er betrachtet die Waischner Konferenz irgendwie dem Völkerbund schade, der sich nur bedrückenden dürfen, daß jenseits des Oceans das gleiche Friedenswerk in Amerika genommen werde wie hier. Er sprach dann auch über die überwältigende Krise, die ein Beweis für die hohe Autorität des Völkerbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander in einem Konflikt leben, sondern auch große Mächte, die nur eine freundschaftliche Meinungsverschiedenheit hätten, das Urteil des Völkerbundes anlesen. Bourgeois schloß seine Rede mit der leidlichen Verkündung, daß der Völkerbund die politische Souveränität eines Staates annehmen würde. Der Völkerbund sei kein Neubestand, aber er gebe nicht denken weniger Rechte. Jeder Staat müsse sich der Gerechtigkeit beugen. Es sprachen noch ein spanischer und ein indischer Vertreter, worauf die Sitzung gegen 12 Uhr geschlossen wurde. (W. T. B.)

Genf, 12. Sept. Der südafrikanische Delegat Murray brachte in der heutigen Völkerbundversammlung zwei Entschließungen ein. Die erste besteht auf den Schluß der Kinderrechte und wird, wie Murray mitteilte, von dem überreichlichen Delegierten Grafen Mendelsohn unterstützt. Auch der Monarch der Völkerbundvereine habe ihr beigegeben. Um die Erfüllung der Pflichten des Völkerbundes zu gewährleisten und den Schutz der Kinderrechten vollkommen zu übernehmen, fordere die Versammlung den Völkerbundrat auf, eine hädige Kommission zu ernennen. Die Kommission habe die dem Völkerbund angehörenden Alleen entzuziehen und einen Vertrag auszuarbeiten. Die Kinderrechtsfrage betreffe vor allem einen Teil der neugebildeten Staaten, die allgemein den austrodischen Wunsch haben, die Kinderrechten zu schützen. Der Völkerbund müsse über eine Organisation schaffen, um mit den betreffenden Staaten zur Bekämpfung der Kinderrechten zusammenzuarbeiten. Am übrigen sei ein Veröffentlichung der Alleen der Kinderrechte sehr gefährlich, solange die Bekämpfung dieser Alleen nicht nachgewiesen sei. Deshalb sei eine Untersuchung an Ort und Stelle notwendig, was auch im Interesse des Friedens und der Aufrechterhaltung der Wahrung liege. Die zweite Entschließung gilt der armenischen Frage. Man habe vor neuen Ereignissen, und der Österreicher Mat müsse vielleicht bald eine Neuordnung des Friedens von Zürich ins Auge fassen. Am März habe der Österreicher Mat die Bedingungen zur Herstellung des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland aufgestellt. Diese Bedingungen bezogen sich u. a. auf die Gründung eines nationalen Heimatstaates für die türkischen Armenier, dessen Grenzen nunmehr vom Völkerbund festgestellt werden sollen. Die Versammlung überwies die Prüfung dieser Alleen der 8. Kommission (politische Angelegenheiten). (W. T. B.)

Keine Einigung über weitere Kriegsprozesse.

(Eigner Drahtbericht der Dresden Nachrichten.)
Paris, 12. Sept. Die Verhandlungen der Alliierten untereinander über die Bezeichnung der deutschen Verfolgung der deutschen „Kriegsverbrecher“ sind ergebnislos verlaufen. Die englischen Delegierten der Antihabsburger vertraten die Ansicht, daß die Alliierten aus dem Pariser Vertrage kein Recht hätten können, um Deutschland zur Annahme neuer Bedingungen zu zwingen. England hat an der Weiterverfolgung der Angelegenheit auf einer neuen Grundlage kein Interesse. Frankreich soll sich jetzt entschlossen haben, alle auf der französischen Seite stehenden deutschen „Kriegsverbrecher“ von französischen Gerichten zu verfolgen und, falls die deutschen Angeklagten nicht erwidern sollen, in Abwesenheit verurteilt zu lassen. Darauf wird den deutschen Vertretern die Bezeichnung französischer Boden für immer unmöglich gemacht. Weiter will man untersuchen, ob es möglich ist, französischen Staatsangehörigen auch das Handelsrecht mit solchen Verurteilen zu verbieten. Eigentum, das diese Deutschen in Frankreich oder den französischen Kolonien besitzen, soll für die Besteitung der Prozesse beschlagnahmt werden, soweit dies nicht schon geschehen ist.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Wie uns aus Jena gemeldet wird, hatten die Landtagswahlen in Thüringen nach einer am Montag abend vorliegenden, noch nicht ganz vollständigen Zusammenstellung folgendes Ergebnis: 1. Die Abgeordneten der letzten Wahlen sind in Klammern bezeichnet: Deutschnationale 38 000 (45 000), Deutsche Volkspartei 106 000 (104 000), Demokraten 33 000 (48 000), Landbund 181 000 (136 000), Zentrum 7 000 (—), Wirtschaftsbund des Handwerks 3000 (—), Sozialdemokratie 120 000 (125 000), U. S. P. 85 000 (184 000), Kommunisten 88 000 (—). Danach würden die einzelnen Parteien folgende Mandate erhalten: Deutschnationale 8 (4), Deutsche Volkspartei 9 (8), Demokraten 3 (4), Landbund 11 (11), Sozialdemokraten 11 (11), Unabhängige 7, noch der Abstimmung der Kommunisten 11, Kommunisten 7 (0 bzw. später 4). Die noch ausstehenden Wahlergebnisse dürften die Aussichten der bürgerlichen Parteien verbessern. Im alten Landtag standen 27 bürgerlichen Mandaten 23 sozialistische und kommunistische gegenüber. Wenn die Spannung zwischen beiden Gruppen sich nach den Neuwahlen um ein Mandat verringern sollte (20 zu 20), dann wäre das die Schuld der unseligen Konsolidierung des Bürgertums und jener Kreise des Zentrum und des Handwerks, denen ihre Eigenbrüderei zwar selbst keine Erfüllung brachte, wohl aber das gesamte Bürgertum um einen höheren Platz schmälerte. — Ein warnendes Beispiel für die bürgerlichen Kreise in Sachen!

Das Wahlergebnis bedeutet eine unvermeidbare Absehung an die seltnerische Regierung. Diese hatte den Landtag nach Hause geschickt, weil sich keine Mehrheit fand für die Form der Reichssteuer, die die Regierung durchsetzen wollte. Es kamen dafür nur 23 Stimmen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Demokraten. Diese Regierungsminderheit ist auszumengelgeschossen auf 21 Stimmen. Daraus dürfte das Kabinett Brandenburg, die in einem demokratisch regierten Staat sehr wahrscheinlich die Regierung zu stehen haben.

Kommunismus und Terror.

Berl., 12. Sept. Wie die „Deutsche Allg. Zeit.“ berichtet, wurde am Sonntag eine von der Deutschen Volkspartei im Gelsenkirchen-Schake abgehaltene Versammlung, die in einer barfüßigen Hamilteiter stattfand, durch das Eindringen kommunistischer Truppen, die Sowjetfahrzeuge trugen, gestoppt.

Zeitungsverbote.

Berl., 12. Sept. Auf Grund von § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. v. M. ist vom Reichsminister des Innern das im Verlag von Richard Künn in Berlin-Kreuzberg erschienene „Deutsche Wochenschatz“ für die Zeit vom 10. bis 23. d. M. verboten worden. (W. T. B.)

Bonn, 12. Sept. Die „Niederrheinische Arbeiterszeitung“ ist wegen eines Artikels, in dem Werbefabrikationen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen werden, vom 11. bis 19. d. M. verboten worden.

Verurteilung wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Stettin, 12. Sept. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verurteilte die biege Strafammer den landwirtschaftlichen Beamten Dr. Axel Oberholz zu zwei Jahren Gefängnis. In der Verhandlung vertrat der frühere preußische Minister des Innern, Rechtsanwalt Heine, die Nebenklage des Reichspräsidenten. (W. T. B.)

Streik der Berliner Stadtarbeiter.

Berl., 12. Sept. Gestern mittags fand im Handelsministerium eine Besprechung statt wegen des Streiks bei der Berliner Elektrizitätswerken. Es wurde mitgeteilt, daß es sich weniger um den Ausstand, als um die zahlreichen Reaktionen der Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke handle. Beim ersten Auftreten der Arbeiter und Angestellten und Beamten in den Betrieben der städtischen Elektrizitätswerke und der Verwaltung sind zur Stelle, sie verweigern aber die Arbeit und drohen damit, daß sie die Betriebe verlassen werden, sobald die Technische Hochschule eingreift. Da in den Elektrizitätswerken einige Vororte noch gearbeitet wird, ist angeordnet worden, daß von dort aus der elektrische Strom nach Berlin so weit als möglich umgeschaltet wird. Mit der Direktion der Hochbahnen ist vereinbart worden, daß sie den Betrieb verstärkt, so lange der Streik der Elektrizitätswerke andauert. Wertendes ist, daß die Betriebsräte der Straßenbahn Veranlassung genommen haben, sich mit den Betriebsräten der städtischen Elektrizitätswerke in Verbindung zu setzen, um diese zu veranlassen, wenigstens den Strom für die Straßenbahn in Berlin zu liefern.

Nach einer späteren Meldung unserer Berliner Schriftleitung wird in zwei Gaswerken der Betrieb noch fortgesetzt, doch ist es fraglich, ob morgen diese Werke noch weiterarbeiten, da frühmorgens eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Nacht- und Tagsschicht sich darüber schlägt werden wird, ob man dem Beispiel der anderen Gaswerke folgen und den Betrieb einstellen soll. In den Charlottenburger Gas- und Elektrizitätswerken wurde bis zum Nachmittag noch gearbeitet. Obwohl von zahlreicher Seite verucht wurde, auch diese Betriebe stillzulegen, hielt sich die Arbeiterschaft im Reserve und teilte der Direktion mit, daß bis auf weiteres der Betrieb aufrechterhalten wird. Als Folge der Einstellung der Strom-Erzeugung ist es bereits zur Stilllegung des Wallerwerkes. Wahrscheinlich ist es gekommen, daß keine eigene Anlage besteht, sondern vollständig auf die Stromlieferung der städtischen Werke angewiesen ist. Den Straßenbahnenverkehr gelang es, durch Umstellung teilweise aufzuhalten. Man hatte sogar noch versucht, den Strom in das Stadtbinnere hineinzuleiten, doch weigerter hat die Belegschaft des Kraftwerkes Charlottenburg, diese Arbeiten vorzunehmen, und drohte mit Abschaltung der Arbeit, da eine Erweiterung des Betriebs als Streikbrecherarbeit betrachtet werde. Bei den heutigen Verhandlungen im Magistrat erklärten sich die Betriebsräte der Straßenbahnen bereit, die Versetzung der Wochendarbeiter in den Gas- und Elektrizitätswerken im Interesse der Krankenhäuser und anderer öffentlicher Anstalten zu gewährleisten. Höhere Erfahrungen über den Umgang der Wochendarbeiter mit Strom und Gas haben sie jedoch nicht abgegeben. Mit dem Fall, daß die Technische Hochschule, deren Bereithaltung für alle Fälle erfolgt ist, eingespielt würde, drohen die Streikenden mit der vollständigen Stilllegung der Werke.

Zur Sicherheit des amtlichen und dienstlichen Verkehrs wurden von der Oberpostdirektion mehrere Fernsprechämter für den Privatbetrieb bis auf weiteres abgesetzt. Eine ganze Reihe von Berliner Theatern, die über eine eigene Gasstation verfügen, mußte für heute die angekündigten Vorstellungen ausfallen lassen.

Berl., 12. Sept. Der Magistrat hat heute abend 8 Uhr eine außerordentliche Magistratsitzung einberufen und beschlossen, in die Verhandlungen über den Tarifvertrag einzutreten und dies den Vertretern der Angestellten mitzuteilen. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird voraussichtlich heute abend noch erfolgen, insbesondere wird anstreben, den Straßenbahnenverkehr noch heute abend wieder in Gang zu bringen. (W. T. B.)

Der Deutsche Juristenklug.

Bamberg, 12. Sept. An der ersten öffentlichen Sitzung des Deutschen Juristenkluges wurde Professor Dr. Kahl zum Vorsitzenden gewählt. Der Reichsjustizminister Dr. Schiffner läßt u. a. aus: Die Richter müssen zwar die Dienste des Gesetzes füßen, aber nicht seine Sklaven. Die Handhabung des Gnadenechtes darf nicht nur vom menschlichen Standpunkt aus erfolgen, sondern muß auch unter Berücksichtigung der Autorität des Staates gehandhabt werden. Einen Ertrag der rechtselektrischen Richter durch Votenreihen vertwarf der Minister, hielt jedoch ein Zusammensetzen von Richtern und Voten für das Gebot der Stunde. Der Richter sollte keine Ausführungen, nachdem er droschfertig hatte, daß die wirtschaftliche Lage des Reichslandes mit Rücksicht auf die soziale Rücksicht nicht versessen werden dürfe. (W. T. B.)

Aufhebungststellung des Breslauer Polizeipräsidenten.

Berl., 12. Sept. Der Polizeipräsident von Breslau Liebermann ist vom vereidigten Minister des Innern zur Disposition gestellt worden. (W. T. B.)

Loslösung der Zwangswirtschaft für Kohlen.

Berl., 12. Sept. Nach den Abendblättern hat im Abendauschluß des Reichswirtschaftsrates der Reichswirtschaftskommittee erklärt, die Zwangswirtschaftsführung für Braunkohlen, Rohbraunkohlen, Rohkohle, Grubekohle, Betonkohle und Gastkohle am 1. Oktober dieses Jahres außer Wirkksamkeit treten solle. Der Abendauschluß stimmte dieser Regelung zu.

Ein Dementi Rothenau.

Wochmeldung unserer Berliner Schriftleitung aus.
Berlin, 12. Sept. An der Revue des Deutschen Wochenschatzes berichtete Prof. Blondel über eine Unterredung mit Minister Rothenau, bei der angeblich eine schwere Sitzung gegen England gehabt haben sollte. Rothenau sollte gedroht haben, daß eine Entente Frankreichs und Deutschlands gegen England hätte werden. Minister Rothenau erklärte nun, daß diese Äußerungen seinerseits nicht gefallen seien und auch keinen Ausdruck mehr vorliegen. Die Unterredung selbst hat übrigens stattgefunden.

Vertreibung Danzigs durch Polen.

Berl., 12. Sept. Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt amtlich mit: Auf Grund des zwischen der Republik Polen und der freien Stadt Danzig geschlossenen Vertrages vom 9. November 1920 übernehmen die Gesandtschaften und Konsulate der polnischen Republik den diplomatischen und konsularischen Schutz der im Auslande weilenden Angehörigen der freien Stadt Danzig in demselben Maße, wie dies für polnische Staatsangehörige geschieht. wbt.

Rückzug der oberschlesischen Flüchtlinge.

Oppeln, 12. Sept. Die Sicherheitsverhältnisse im oberschlesischen Abstimmungsgebiet haben sich durch die Verhandlungen und Abmachungen zwischen den deutschen und polnischen Parteien sehr verbessert. Anfangszeit können die Flüchtlinge in ihr Abstimmungsgebiet zurückkehren. Um ihnen die Einreise in das Abstimmungsgebiet zu ermöglichen, hat die Anteilsherrin in Oppeln folgende Verordnung erlassen: Der Flüchtlingsrichter ist an den Kreiscontrollen, in denen er sitzt, ein fester Gehalt, in dem er sitzt. Um die Rückkehr zu ermöglichen, hat der Kreiscontrollor über die Einreiseverboten aufzulösen, die Flüchtlingsrichter über die Grenzkontrolle passieren kann. Es sei ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Mindest des französischen Konfusats nicht erforderlich ist. Die Einreiseerlaubnis ist ausreichend. (W. T. B.)

Bautzen, 12. Sept. Heute fand unter dem Vorsitz eines Vertreters der Anteilsherrin eine neue gemeinschaftliche Sitzung von Vertretern des deutschen und polnischen Volksrates über die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge statt. Es wurde mit Genugtuung folgestellt, daß ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge bereits zurückgekehrt ist und daß erstaunlicherweise neue Auswanderungen aus in wenigen Fällen vorgekommen sind. (W. T. B.)

Warum Erzberger Führer der Waffen- Hilfstandskommission wurde.

Berlin, 12. Sept. Zu der bedeutsamen Frage, warum hatte einen führenden Militärs seinerseit der Abgeordnete Erzberger mit der Leitung der deutschen Waffen-Hilfstandskommission und der Führung der Verhandlungen in Compiegne betraut wurde, ist von einer dem Abgeordneten Erzberger betreuenden Seite der "Voss. Bls." eine Auskunft zugegangen, wonach Erzberger diese Frage folgendermaßen beantwortet hat: Der folgeschwere Schrift wurde mir aufgedrängt durch meine Kollegen und den Prinzen Max von Baden, während des Ministerrates, in dem beschlossen wurde, die Verhandlungen aufzunehmen. Zuerst musste ich sagen, daß wir durch die sozialistische Regierung bestimmt waren, daß unter keinen Umständen seitens der Rente mit Vertretern des kaiserlichen Heeresleitung verhandelt werden dürfe. Auf die Anforderung des Prinzen Max von Baden an mich antwortete ich, daß ich die französische Sprache nicht genug beherrschte und mich nicht gequält fühlte, diese ganze Verantwortung zu übernehmen. Darauf kam General Gröner zu mir und sagte: Es ist kein Augenblick zu verlieren, sonst haben wir den Feind im Lande. Es gibt keinen Ausweg. Übernehmen Sie die Aufgabe aus Vaterlandssie. Alsdann fäumen Gröber und Trimbach zu mir und drängten mich, anzunehmen. Schwere Herzens und im Bewußtsein des Ernstes der Lage gab ich nach. Erzberger fügte noch vertraulich hinzu: Ich hatte auch die Hoffnung, daß Frankreich auf Grund meiner Friedensresolution etwas mehr Entgegenkommen zeigen würde. Dafür war aber noch nicht empfänglich. Er sagte nur, daß das Ministerium des Prinzen Max von Baden nichts anderes sei, als eine verkappte kaiserliche Regierung. Ich mußte ihr zunächst vom Gegen teil überzeugen. Frankreich wollte überhaupt nicht gleich abschließen, und ich hatte den Eindruck, daß es die Sache in die Lüne ziehen wollte ohne Einstellung des Vormarsches seiner Armee. Ich bin vollständig überzeugt, hätte man andere Männer, nämlich solche, die eine aktive Rolle während des Krieges und in der Diplomatie oder bei der Heeresleitung gespielt hatten, zu den Verhandlungen entsandt, so wären diese Ergebnisse abweichen und ein Waffenstillstand wäre nur zustande gekommen nach dem Einmarsch der feindlichen Truppen in Deutschland."

Somit die Darstellung Erzbergers, aus der ebenso wie aus der von uns im Vorabendblatt wiedergegebenen Kennzeichnung der Haltung der Obersten Heeresleitung einwandfrei hervorgeht, daß eine Führung der Waffen-Hilfstandskommission durch Vertreter der Obersten Heeresleitung nicht gewünscht wurde. Damit entfällt aber der schwere Vorwurf, den Dr. Wirth am Großen Erzberger erhob, als er sae: "Diejenigen, die die Verantwortung zu tragen hatten, sind nicht nach Compiegne gegangen."

Die Steuerberatung im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 12. Sept. Im weiteren Verlaufe der heutigen ersten Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats wurde ein Antrag Mißlaff angenommen über die Nachprüfung der Organisationen der Steuerbehörden und Beauftragung des finanzpolitischen Ausschusses mit der Ausarbeitung von Vorschlägen, in welchen Weise die Organisationen der Länder, Gemeinden und anderer Selbstverwaltungsförder für die Reichssteuern nutzbar zu machen sind. Der Antragsteller führt sich aus, daß es dringend notwendig sei, einen Teil der Arbeit, die jetzt der Reichsfinanzverwaltung obliegt, auf die Gemeinden und andere Verbände abzubürgeln. In Preußen, Sachsen und anderen Ländern haben die Gemeinden bereits auf diesem Gebiete eine große Tätigkeit entfaltet. Dementsprechend will der Antrag die Organisationen der

Länder, Gemeinden und Selbstverwaltungsförder

für die Steuerbefreiung heranziehen. Ein Antrag Henke, Arbeitgeber für die Industrie fordert, daß die Steuerbefreiung der öffentlichen Körperhaften, so weit sie gewerbliche Unternehmungen betreffen, gestrichen wird. Die Steuerbefreiung der öffentlichen Verbände sei nicht gerechtfertigt. Diese Verbände gewinnen von Tag zu Tag an Bedeutung. Mit Rücksicht auf die Reparationslasten kann ihre Steuerbefreiung nicht aufrechterhalten werden. Außerdem ist eine starke Grenze für die Steuerbefreiung nicht zu ziehen. Es muss darauf hingearbeitet werden, daß die Betriebe der öffentlichen Verbände die Steuerlasten wie jeder andere Betrieb in ihre Rechnung einzukalkulieren haben. Von besonderer Bedeutung ist diefrage der Steuerbefreiung für die Elektrizität, Gas- und Wasserversorgung.

Oberbürgermeister Voigt, Arbeitgebervertreter der städtischen Betriebe, bekämpft den Antrag. Würden die Städte zur Körperhaften veranlagt, so könnten sie entweder ihre sozialen Aufgaben nicht mehr erfüllen, oder sie überließen ihre Betriebe der Privatindustrie. Der Antrag Henke wurde an den finanzpolitischen Ausschuß verwiesen. — Weiterberatung morgen.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theaterspielplan für heute. Opernhaus: "Der steckende Holländer" (1/2); Schauspielhaus: "Ruggen" (?) ; Neustädter Schauspielhaus: "Das vierte Gebot" (1/2); Meidena-Theater: "Rapsodiereich" (?); Central-Theater: "Die Tanzgräfin" (?).

Über die neue Besetzung der Sächsischen Staatsoper erfahren wir, daß sie auf folgenden Richtlinien aufgebaut ist: Dem Intendanten steht die oberste geschäftliche und künstlerische Gesamtleitung der Staatsoper zu. Er hat die volle Verantwortung für die geschäftliche Verwaltung, insbesondere für die Einhaltung des Haushaltplanes. Der Intendant entscheidet bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Dienststellen, insbesondere zwischen Oper und Schauspiel. Der Intendant hat die Befugnis des bisherigen Overndirektors and zu übernehmen. Die künstlerische Leitung des Schauspiels steht in erster Linie dem Schauspielchef an. Dieser hat den Intendanten über den ganzen künstlerischen Betrieb zu berichten und auf dem laufenden zu halten. Der Schauspielchef ist in künstlerischen Angelegenheiten dem Intendanten gegenüber allein verantwortlich, und die Entscheidung, die der künstlerische Rat und die Gruppenausschüsse gegen Entwicklungen des Schauspielchefs anzurufen befugt sind, wird vom Intendanten getroffen. Vor Aenderung der bestehenden Bestimmungen, ferner vor Auflösung oder Nichterneuerung bestehender Verträge mit dem Intendanten, dem Schauspielchef und dem Overndirektor (Generalintendant), sowie vor Neubesetzung dieser Stellen hat ein gutachtliches Gebot eines Beratungsausschusses stattzufinden. An diesem Zweck wird bei jedem der beiden Staatsopern ein Beratungsausschuss gebildet. Sowohl Fragen, über die ein qualifiziertes Gebot stattzufinden hat, beide Staatsopern berühren, werden beide Beratungsausschüsse gehörig. Das Ministerium behält sich vor, die Beratungsausschüsse nach seinem Erlassen auch noch über andere als die bezeichneten Fragen qualifiziert zu hören, auch soll es den Ausschüssen unbenommen bleiben, von sich aus Anreihungen und Anträge an das Ministerium zu bringen.

† Central-Theater. Am nächsten Sonntag geht als erste Nachmittagsvorstellung die "Ehe im Kreise" multitalenter Schauspieler in 3 Akten von Leo Walter Stein, Muß von Hugo Orlisch, in Szene. In den Hauptrollen sind vertrittig, die Damen Künster, Krohn und Valestin, sowie die Herren Bräuer, Kochel, Pätzold und Leybold. Multitalente Zeitung: Kapellmeister Schmid.

† Gesellschaft für Mineralogiewissenschaft. Es ist merkwürdig, wie viele alte Autoren uns durch die großen Er-

Hertisches und Sächsisches.

Vertretungsausschuh und Verordnung des Reichspräsidenten.

Der Ausschusssitzung des Landtages trat, wie bereits kurz berichtet, gestern, Montag, vormittags 11 Uhr, zu einer 2½-stündigen Sitzung zusammen, um zur Verordnung des Reichspräsidenten und zu deren Ausführung in Sachsen Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte der Präsident Fräßdorf. Die sächsischen Minister waren zugegen, mit Ausnahme der Herren Flechner und Held. Zusätzlich vertreten war Abg. Wölker über das Verhalten der sächsischen Regierung bei den verschiedenen Verhandlungen seiner Partei und richtete vier Antragen an die Regierung, die sich auf eine unparteiische Handhabung der Verordnung des Reichspräsidenten bezogen, und schließlich Auskunft haben wollten über die Folgen, die sächsische Regierung hinsichtlich der Staatsbeamten im Auge habe. Ministerpräsident Buch redigierte die Verordnung des Reichspräsidenten und das Vorgehen der sächsischen Regierung durch Hinweis auf die außerordentlich gewählte außenpolitische Lage. Es sei selbstverständlich, daß diese Verordnung nur eine vorübergehende Maßnahme sein könne. Eine gerechte Handhabung der Verordnung könne er aufzeigen. Rücksichtlich der etwaigen Folgen hinsichtlich der Beamten sei er heute nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben. Daran kamen die Vertreter der übrigen Parteien zum Wort. Die Verhandlungen trugen einen ruhigen und sachlichen Charakter, nur während der Ausführungen des deutsch-nationalen Bizepräsidenten Dr. Wagner wurden die Bürger von Seiten unabhängiger und kommunistischer Abgeordneten zu protestieren, da der Präsident sich diese verbitten möchte. Dr. Wagner erinnerte, wie die Sozialdemokratie in früherer Zeit ihre Stellung als Oppositionspartei in geradezu maßloser Weise angemessen habe, wie in ihrer Presse die deutschen Minister beschimpft und herabgefeiert und wie politische Mordpläne auch nach der Revolution in der linksoffiziellen Presse entdeckt worden seien. Er wies darauf hin, wie in der Presse der linkstehenden Parteien verhältnismäßige Organe des Reiches und der Staaten, wie z. B. die bürgerliche Regierung, ferner die deutschen Gerichte, verschiedene Polizeidirektionen, in unerhörter Weise verächtlich gemacht würden und wie in der linksstehenden Presse in dieser Hinsicht mehr gefordert werde, als irgendwo anders. Dann wandte er sich gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten gegenüber gegnerischen Parteien. Er hieß dann folgenden Antrag:

Der Ausschusssitzung wolle beklagen, die sächsische Regierung zu erüben: 1. Bei der Reichsregierung dahn zu wünschen, daß die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 baldigst aufgehoben werde; 2. wenn das nicht zu erreichen sein sollte, dahn zu wünschen, daß diese Verordnung eine Rassuna erhalte, wonach sie sich gegen Gewalttaten, Ausschauzaa oder die Bildung soldner Handlungen schützt und ohne Einschränkung richtet; 3. die Verordnung gerecht und ohne Misshandlung der Partei durchzuführen; 4. bei Bekündung von Verböten sei nicht auf die bloße Wiederholung der Worte der Verordnung zu beobachten, sondern die einzelnen bestimmten Tatarten anzugeben, in denen die Voraussetzungen zur Anwendung der Verordnung gefunden werden; 5. auf Grund der Verordnung auch die Gerichte als verhältnismäßige Organe des Staates vor der Bevölkerung in Freie oder Versammlungen zu schicken; 6. Regimentsbeamten und sonstige Verantwaltungen ohne parteiopolitischen Charakter nicht mehr zu verbieten; 7. den Terrorismus, der jetzt durch gewalttame Verbindungen von Versammlungen Abbersdienten, durch unbefugtes Eindringen in fremde Räume und durch Bedrohungen in mehreren sächsischen Orten ausgeübt worden ist, mit den staatlichen Machtmitteln zu bekämpfen und die Soldaten der Bevölkerung zu erfüllen.

An der Ausschusssitzung beteiligten sich noch Bizepräsident Bünaer (D. Vol.), Ellrott und Grau (Kommunisten), Dr. Seufert (Dem.), Müller-Leipzig (Unabh. Soz.) und Präsident Fräßdorf. Das Ergebnis der Sitzungsabschluß der einzelnen Parteien ist aus der Abstimmen zu ersehen, die einzelnen Punkte des Antrags Wagner erledigt. Punkt 1 wurde abgelehnt, nein die Stimmen der Deutschen Nationalen, Punkt 2 gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei. Punkt 3 wurde angenommen. Lediglich die Kommunisten stimmten dagegen. Punkte 4, 5 und 6 wurden mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien stimmten abgeslossen dahin. Punkt 7 wurde mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. Die bürgerlichen Abgeordneten und der Präsident Fräßdorf stimmten dafür.

Gegen die bürgerlichen Stimmen wurde noch ein Antrag Bünger abgelehnt, der die Einschränkung der sächsischen Ausführungsbestimmungen insoweit verlängert, als diese über die Reichsverordnung hinausgehen.

Ein Antrag der Kommunisten, den Landtag baldigst einzuberufen, und zur politischen Lage Stellung zu nehmen und kommunistische Anträge zu beraten, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Geb. Rat Walbous Beilebung.

Geheimer Rat Walbous wurde am Montag nachmittag auf dem alten Annenfriedhofe an der Chemnitzer Straße zur letzten Ruhe gelegt. In der zahlreichen Beteiligung an der Trauerfeier, den wunderbaren Blumen, der ehrlichen Rede des Pastors Biegelhaupt und den ihr folgenden trefflichen Nachrufen aus der Trauerfeierstunde stand die hohe Werthaltung und Liebe, deren sich der Einschläfer in seinem langen erfolgreichen Leben hat erfreuen dürfen, noch einmal einen schönen Ausdruck. Es waren u. a. anwesend Ministerialdirektor Dr. Ruth, der frühere Präsident der Generaldirektion der Staatsbahnen, Dr. Ulbricht, die Geheimräthe Schlippe, Toller, Dr. Karl Schmidt, ferner General Saalje, Stadtbaurat Beck, Stadtrat Hornisch und viele Vertreter von Kreimaurenlogen. Mit der Halle tödlichen Kräfte aus Dahlien, die den Sarg umgaben, hatte der Spätjünger seinen ganzem Harbenreichtum über der sterblichen Hülle Walbous ausgestoßen. Nach Harmoniumspiel des Organisten Clemens Braun sang Professor Mann das wehvolle Lied "Bei gelten bis an den Tod". In der Rede des Geistlichen, die sich gründete auf den 90. Psalm Herr, Gott, du bist unsere Zuflucht für und für erlangt das Lebensbild des Seindegangenen in seiner freien, unermüdbaren Blütefüllung, in keiner unzählbaren Ausdauer und Arbeitsfreudigkeit. Die Eigenschaften des gewissenhaften und liebhaften Beamten haben sich bei ihm das Schönste vereinigt mit den Eigenheiten eines Menschen, dessen Geist in der Kunst lebte. In den Berat des Beamtenamts hat er hineingebringen den Sinn des Kunstvereins, und so zeugen viele Bauteile im Sachsenlande von dem Geist und der Arbeit dieses Mannes. Mit allen Ehren, die wir einem verdienten Menschen zuteilen werden lassen, ist er ausgesetzt worden, aber nun war die Arbeit Vohn und Freude in sich selbst. Unvergänglich sind seine Werke, etwas Unvergängliches barg aber auch sein Menschentum. Nach Jahren des Siechtums kam ihm der Tod als Freund und Erlöser. Dann wurden mehrere Kränze am Sarge niedergelegt. Am Namen des Sächsischen Ingenieur- und Architektenvereins sprach Geheimrat Kramer und rief den Seindegangenen, der 17 Jahre dem Verein angehört, sein ältestes Ehrenmitglied und vor 25 Jahren sein Vorsitzender war, als den Förderer der technischen Wissenschaften, als einen Führer der deutschen Architekten und Ingenieure, die wohl daraus seien, der einer der ihrigen war. Als Vertreter der Technischen Hochschule und der Hochbaubehörde widmete Geheimrat Professor Dietzel dem Entschloßenen ehrende Worte. Darauf trat Schuldirektor Thürmer an den Sarg, um dem Verdiensten für die Voge zum goldenen Apfel, deren Ehrenmitglied er war, zu danken für alles, was er — vor allem auch als einfacher Lehrer vom Tisch — ihr gewesen ist, was er ihr geben hat und was er ihr erzählt. Dann sprach noch Sanitätsrat Dr. Beyer im Auftrage der Sächsischen Landesärztekammer, die Geheimrat Walbous lange geführt und im Namen der vielen Logen, die ihm die Ehrenmitgliedschaft verliehen, herzliche Worte des Dankes und Bewebs. Als das Lied "Mache mich froh, o Jesu" verklungen war, das Kränze aus der vielen Logen, die ihm die Angehörigen des sächsischen Bevölkerungsamtes den Sarg auf und trugen ihn hinaus zum Grabe, wo die Feier mit Gebet und Segen des Geistlichen beendet wurde.

Frage der Mädchenerziehung.

Der Verband Sächsischer Lehrerinnen hielt am Sonnabend und Sonntag im Festsaal des Lehrerinnen-Seminars auf der Marienschreite nach neunjähriger Pause eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Zu Mitgliederveranstaltungen am Sonnabend nachmittag und Sonntag vormittag wurde eine Reihe interner Fragen behandelt. Am Sonnabend abend fand eine öffentliche Versammlung statt, die mit einer kurzen Ansprache von Dr. Ohnsorge eröffnet wurde. Sie begrüßte besonders die Chengsche, Vertreter des Kultus- und Wirtschaftsministeriums, der sächsischen Körperhaften und von allerlei Frauenvereinen und Berufsvereinigungen. Geheimrat Dr. Rücker überbrachte den Gruß der Ministerien und wünschte den Verhandlungen einen erschöpflichen Verlauf. Er wies darauf hin, daß das Übergangsabkommen von 1919 die Fortbildungsaufschlüsselung für Mädchen im ganzen Lande eingeführt habe, aber was geschah sei, sei noch weit entfernt davon, vollkommen zu sein. Vor allem schloß es noch an der nötigen Lehrerbildung, aber man dürfe wohl den Lehrern eine gewisse Anpassungsfähigkeit zutrauen und brauche deshalb keinen Fehlerlos in der Mädchenerziehung zu befürchten. Begrüßende Worte an die Versammlung richteten dann noch Stadtkonsistorialrat Dr. Hartmann im Namen des Rates, Lehrer Janach für den Sächsischen und den Dresdner Lehrerverein und Frau Dr. Scheven vom Stadtburg der Dresdner Frauenvereine.

Als Hauptredner des Abends ergriß der darauf die bekannte Führerin in der deutschen Frauenbewegung, Gräfin Else von Bismarck aus Berlin, das Wort zu einem Vortrag über die Wirkung der neuen sächsischen Mädchenerziehung. Einzelnd bewies sie, daß die Frau nicht über ihren Busch hinausgekratzt werden sollte, aber das Wahnen überhaupt müsse man ihr gestatten. Die Aufgaben der Frau im öffentlichen Leben liegen sicherlich in der gleichen Richtung wie ihre

Leben, Arbeit und Freizeit. Der Verband Sächsischer Lehrerinnen hielt am Sonnabend und Sonntag im Festsaal des Lehrerinnen-Seminars auf der Marienschreite nach neunjähriger Pause eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Zu Mitgliederveranstaltungen am Sonnabend nachmittag und Sonntag vormittag wurde eine Reihe interner Fragen behandelt. Am Sonnabend abend fand eine öffentliche Versammlung statt, die mit einer kurzen Ansprache von Dr. Ohnsorge eröffnet wurde. Sie begrüßte besonders die Chengsche, Vertreter des Kultus- und Wirtschaftsministeriums, der sächsischen Körperhaften und von allerlei Frauenvereinen und Berufsvereinigungen. Geheimrat Dr. Rücker überbrachte den Gruß der Ministerien und wünschte den Verhandlungen einen erschöpflichen Verlauf. Er wies darauf hin, daß das Übergangsabkommen von 1919 die Fortbildungsaufschlüsselung für Mädchen im ganzen Lande eingeführt habe, aber was geschah sei, sei noch weit entfernt davon, vollkommen zu sein. Vor allem schloß es noch an der nötigen Lehrerbildung, aber man dürfe wohl den Lehrern eine gewisse Anpassungsfähigkeit zutrauen und brauche deshalb keinen Fehlerlos in der Mädchenerziehung zu befürchten. Begrüßende Worte an die Versammlung richteten dann noch Stadtkonsistorialrat Dr. Hartmann im Namen des Rates, Lehrer Janach für den Sächsischen und den Dresdner Lehrerverein und Frau Dr. Scheven vom Stadtburg der Dresdner Frauenvereine.

Als Hauptredner des Abends ergriß der darauf die bekannte Führerin in der deutschen Frauenbewegung, Gräfin Else von Bismarck aus Berlin, das Wort zu einem Vortrag über die Wirkung der neuen sächsischen Mädchenerziehung. Einzelnd bewies sie, daß die Frau nicht über ihren Busch hinausgekratzt werden sollte, aber das Wahnen überhaupt müsse man ihr gestatten. Die Aufgaben der Frau im öffentlichen Leben liegen sicherlich in der gleichen Richtung wie ihre

Leben, Arbeit und Freizeit. Der Verband Sächsischer Lehrerinnen hielt am Sonnabend und Sonntag im Festsaal des Lehrerinnen-Seminars auf der Marienschreite nach neunjähriger Pause eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Zu Mitgliederveranstaltungen am Sonnabend nachmittag und Sonntag vormittag wurde eine Reihe interner Fragen behandelt. Am Sonnabend abend fand eine öffentliche Versammlung statt, die mit einer kurzen Ansprache von Dr. Ohnsorge eröffnet wurde. Sie begrüßte besonders die Chengsche, Vertreter des Kultus- und Wirtschaftsministeriums, der sächsischen Körperhaften und von allerlei Frauenvereinen und Berufsvereinigungen. Geheimrat Dr. Rücker überbrachte den Gruß der Ministerien und wünschte den Verhandlungen einen erschöpflichen Verlauf. Er wies darauf hin, daß das Übergangsabkommen von 1919 die Fortbildungsaufschlüsselung für Mädchen im ganzen Lande eingeführt habe, aber was geschah sei, sei noch weit entfernt davon, vollkommen zu sein. Vor allem schloß es noch an der nötigen Lehrerbildung, aber man dürfe wohl den Lehrern eine gewisse Anpassungsfähigkeit zutrauen und brauche deshalb keinen Fehlerlos in der Mädchenerziehung zu befürchten. Begrüßende Worte an die Versammlung richteten dann noch Stadtkonsistorialrat Dr. Hartmann im Namen des Rates, Lehrer Janach für den Sächsischen und den Dresdner Lehrerverein und Frau Dr. Scheven vom Stadtburg der Dresdner Frauenvereine.

Als Hauptredner des Abends ergriß der darauf die bekannte Führerin in der deutschen Frauenbewegung, Gräfin Else von Bismarck aus Berlin, das Wort zu einem Vortrag über die Wirkung der neuen sächsischen Mädchenerziehung. Einzelnd bewies sie, daß die Frau nicht über ihren Busch hinausgekratzt werden sollte, aber das Wahnen überhaupt müsse man ihr gestatten. Die Aufgaben der Frau im öffentlichen Leben liegen sicherlich in der gleichen Richtung wie ihre

Leben, Arbeit und Freizeit. Der Verband Sächsischer Lehrerinnen hielt am Sonnabend und Sonntag im Festsaal des Lehrerinnen-Seminars auf der Marienschreite nach neunjähriger Pause eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Zu Mitgliederveranstaltungen am Sonnabend nachmittag und Sonntag vormittag wurde eine Reihe interner Fragen behandelt. Am Sonnabend abend fand eine öffentliche Versammlung statt, die mit einer kurzen Ansprache von Dr. Ohnsorge eröffnet wurde. Sie begrüßte besonders die Chengsche, Vertreter des Kultus- und Wirtschaftsministeriums, der sächsischen Körperhaften und von allerlei Frauenvereinen und Berufsvereinigungen. Geheimrat Dr. Rücker überbrachte den Gruß der Ministerien und wünschte den Verhandlungen einen erschöpflichen Verlauf. Er wies darauf hin, daß das Übergangsabkommen von 1919 die Fortbildungsaufschlüsselung für Mädchen im ganzen Lande eingeführt habe, aber was geschah sei, sei noch weit entfernt davon, vollkommen zu sein. Vor allem schloß es noch an der nötigen Lehrerbildung, aber man dürfe wohl den Lehrern eine gewisse Anpassungsfähigkeit zutrauen und brauche deshalb keinen Fehlerlos in der Mädchenerziehung zu befürchten. Begrüßende Worte an die Versammlung richteten dann noch Stadtkonsistorialrat Dr. Hartmann im Namen des Rates, Lehrer Janach für den Sächsischen und den Dresdner Lehrerverein und Frau Dr. Scheven vom Stadtburg der Dresdner Frauenvereine.

Als Hauptredner des Abends ergriß der darauf die bekannte Führerin in der deutschen Frauenbewegung, Gräfin Else von Bismarck aus Berlin, das Wort zu einem Vortrag über die Wirkung der neuen sächsischen Mädchenerziehung. Einzelnd bewies sie, daß die Frau nicht über ihren Busch hinausgekratzt werden sollte, aber das Wahnen überhaupt müsse man ihr gestatten. Die Aufgaben der Frau im öffentlichen Leben liegen sicherlich in der gleichen Richtung wie ihre

Leben, Arbeit und Freizeit. Der Verband Sächsischer Lehrerinnen hielt am Sonnabend und Sonntag im Festsaal des Lehrerinnen-Seminars auf der Marienschreite nach neunjähriger Pause eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Zu Mitgliederveranstaltungen am Sonnabend nachmittag und Sonntag vormittag wurde eine Reihe interner Fragen behandelt. Am Sonnabend abend fand eine öffentliche Versammlung statt, die mit einer kurzen Ans

Aufgaben in der Familie. Ihre geistige Musterlichkeit, die mit der physischen zusammenhängen könne, aber nicht müsse, habe im staatlichen Leben durchdringen. Die ganze Welt könnte nur dann ein menschliches Gespür im Gegensatz zum schändig einleitig männlichen tragen, wenn die Frau ihren sozialen Einfluss bei ihrer Gestaltung ausüben könnte. Zur Erfüllung dieser Aufgabe habe die Frau im Parlamente auch eine Macht ihrer eigenen Partei gegenüber. Das Mädchen könnte ebenso wenig zur Mutter, wie der Mann zum Vater erzogen werden. Der Anteil der Frau am Familienleben umfasse heute mehr als früher die volle Verantwortlichkeit für das aufwachende Geschlecht. Aber nur eine Frau, die mehr ist als der Sohn ihres Mannes, könne diese Aufgabe wickeln. Deshalb gelte es, möglichst viele Frauen von der Abschaffung der autonomen Persönlichkeit emporzuentwickeln. Die speziell deutsche Methode, die Mädchen vorwiegend von Männern erziehen zu lassen, müsse aufgegeben werden. Eine leidet für die Mädchen gehörten in einer Viele Frauen. Sinaisburgerliche Erziehung und Betreuung hielten überall in enger Wechselwirkung, und die Mädchenbildung müsse sich deshalb in allen Schülern bewusst machen. Vor allem habe die Frau auch zu lernen, alle öffentlichen Errichtungen auf ihre Wirkung auf das Familienleben zu bedachten und danach ihr Handeln einzustellen. Anhole ihres Bildungsangebotes, der sie ausschließlich unter männlichen Einfluss gestellt habe, seien den meisten Fragen alle diese Probleme noch gar nicht aufgegangen, es sei doch erstaunlich, welche Gleichgültigkeit die Männer und Mädchen den Fragen der Mädchenbildung entgegenbrächten. Das alte Wort, die Frau werde noch einmal die Welt erobern, sei bestimmt im Sinne dieses Vortrages gemeint gewesen.

Nach kurze Pause sprach Dr. Schneiders über Sonderarten der Mädchenfortbildungsschule. Um dem starken Mangel an Fortbildungsschulstellen in Sachsen abzuheben, empfahl sie die Herausbildung verhältnisweise Lehrerinnen und von geeigneten Privat- und Kindergartenlehrerinnen. Um die Lehrerinnen für ihre Aufgaben auszurüsten, seien erweiterte Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. In allen Fortbildungsschulen müssten Deutschunterricht und Niederschrift aufgenommen werden. Die voll ausgebauten Stufen der Handels- und Gewerbeschulen dürfen bei ihren Aufnahmen nicht über das Bedürfnis der betreffenden Berufe hinausgehen, der Andrang dazu sei sehr ganz finanziell und geradezu gefährlich. Weiter forderte die Vortragende die Einschaltung von Schönheitserinnerungen an allen Mädchenfortbildungsschulen, neben der gesundheitlichen Fürsorge sei in ganz besonderem Maße Fürsorge für die fiktive Bewahrung der weiblichen Jugend nötig. Schülerinnen, die ihre klassenbekannten Sitten gefährden, müssen entfernt werden, die Unterbringung in Fürsorgeerziehung sei für sie zu erfeiern.

Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine angeregte Aussprache, die noch mancherlei in verschiedenen Richtungen zierte, zogte fortsetzte, die andere die Verhandlung.

Ansammlungstag des Vandtes. Der südliche Vandtag wird, wie der Sachs. Zeitungsdienst meldet, zur Versammlung der Grund- und Gemeindeschenken Dienstag, 27. September, an einer Zwischenstation zusammenkommen.

Kommunistische Ansätze. Die Kommunisten haben im südlichen Landkreis eine Amnestie für politische Verbrechen beantragt, ferner Aufhebung der Unabschaffbarkeit der Richter, Aburteilung von Unterkreuzrevolutionären Beamten durch Sondergerichte, Entlassung aller Beamten und Angestellten, die offen oder geheim eine Wiederherstellung der monarchischen Verfassung erstreben, ferner Sanierung der Verwaltung, und ähnliche rodfale Anträge.

Eine öffentliche Anerkennung spricht die Kreishauptmannschaft dem Telegrapheninspektor Herrn Otto Höhne, Dresden, Klemmstraße 5, 1. Woch., und dem Wohlwahrschutzpolizeihauptmann Herrn Richard Brunius in Dresden für die mit Mut und Geschlossenheit unter eigener Leitung, Dienst, Nürnbergstraße 3, 1. Gesch., vom Tode des Ertrinkens in der Elbe aus.

Veränderung von Straßenbahnhaltestellen. Im Stadtgebiet werden demnächst einige Haltestellen verändert. Es halten die Bahnlinie aus verkehrstechnischen Gründen in der Fahrtrichtung vor der Straßenkreuzung oder an einer geeigneteren Stelle bei folgenden Haltestellen: Linie 1 und 8 Niederritterstraße; Linie 2 Mühlstraße; Linie 6 Mariendorfer Straße; Linie 12 Marienstraße und Friedländer Straße; Linie 18 Niederritterstraße; Linie 19/21 Wallstraße. Verlegt werden die Haltestellen der Linie 1; Schubertstraße, um einige Meter landwärts; Linie 2, 22, Wallstraße, nach der Körnerstraße; Linie 7, 13, 15 und 20; Clemmstraße, nach der Auerstraße.

Ausdehnung des Metallarbeiterkreises. Die Metallarbeiter haben neuen Lohnvertragseiten auch im Martin-Werk und der Stahlwerke der Lauchhammer-Werke in Großdr. die Arbeit niedergelegt. Darauf hat die Verwaltung das gesamte Werk annulliert. Die Metallarbeiter werden überall vertrieben.

* Die neuen Wöhne in der ländlichen Textilindustrie. Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Textilarbeiterverband haben zu folgenden Ergebnissen geführt: für die Monate September und Oktober werden an neuen Tarifverträgen gewährt: a) im September für die geleistete Arbeitsstunde an Arbeiter und Arbeitnehmer von 14 bis 16 Jahren 50 Pf. an männliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 60 Pf., an weibliche derselben 50 Pf., über 18 bis 20 Jahre 70 Pf., 75 Pf., über 20 Jahre 120 Pf., 1 Mt., ferner für Arbeiter, die im Zeitlohn arbeiten und über 20 Jahre alt sind, 20 Pf. je Stunde mehr, für den gleichen Arbeiter 10 Pf. je Stunde mehr; b) im Oktober von 14 bis 16 Jahren 45 Pf. an männliche Arbeiter 45 Pf., von 16 bis 18 Jahren männliche 75 Pf., weibliche 60 Pf., von 18 bis 20 Jahren männliche 110 Pf., weibliche 100 Pf., über 20 Jahre männliche 140 Pf., weibliche 115 Pf. Wochentöchter erhalten für September 70 Pf., für Oktober 80 Pf. die Woche Tarifvertragszuschlag. Weitere Bestimmungen betreffen die Aufschlager für Heime und Aufforderungen.

Sommerfest im Presseheim. Am Sonntag fand in dem herrlich gelegenen Presseheim im Vorwärthaus das Sommerfest des Ortsverbandes Dresden der Journalisten und Schriftsteller statt, zu dem sich auch viele Angehörige der beiden anderen Dresdner Pressevereinigungen eingefunden hatten. Die meisten Teilnehmer hatten für die Fahrt den Dampfer bis Riedewitz benutzt und waren dann durch den jetzt im schönen Herbstblatt prasselnden Ländleitpark zur Höhe gestiegen. An dem schönen Garten und den anheimelnden Räumen des Hotels entfaltete sich von mittags an ein fröhliches, buntes Treiben, das noch verstärkt wurde durch allerlei Kurzweil, für die der Festsaal und Bühne gebräucht wurden.

Festsaal und Bühne lebten sie am Klavier ein durch weite Kompositionen von Brahms und Schubert. Fräulein Röthe Venad sang mit entzückendem Sopran. Vieder aus "Mignon" und "Samson und Dalila", während Räthe Venad einige Natur- und Heimatfreude atmende Dichtungen von Hermann Plötz und Charlotte Wegel neidische

Herbstblumenstrauß.

Noch ehe uns der Herbst die Blätter
Von unseren deutschen Bäumen rafft,
Da spendet einmal noch Frau Sonne
Uns ihre ganze gold'ne Kraft.
Und weit im Wald, auf Hün und Feldern
Für alle Augen höchsten Glanz.
Und windet zwischen reise Früchte
Und leuchtend-bunten Herbsteskrone.
Und Menschen zu den Blumen wandern
Und plüschen dankbar blubeln sie.
Und hellen strahlend sie zusammen
In schönster Farbensinfonie.
Da leuchtet's rot und blau und golden...
Da schimmert's violett und grün.
Ein ganzes Rose von tausend Farben
Sehn wir in Strauß und Kranz ausblühen.
Und alle diese schönen Blumen,
Sie fämen nicht aus fremdem Land.
Sie sind erbücht auf deutschem Boden,
Gepflegt von deutscher Gärtnerei.
Ein Volk, dess Sinn die Pracht geschaffen,
Wenn's herbstet rings im Tal, auf Höh'n,
Das kann, trotz aller Macht der Feinde,
Auf Erd'n niemals untergehn.
Dann findet alle Euch zusammen!
Seid denkt's, wie auch die Farbe sei!
Dann feiert, mein Volk, nach fröhlichen Tagen
Dir auch zurück dein deutscher Mat...
Billy Scheider.

Nieder zur Parole zum Vortrag brachten. Hans Berthold mit arabischen und römischen Tänzen eine förmliche Aufführung. Frau Baronin v. Briesen stellte Volkslieder und Schrifsteller Rex Gedächtnis in bairischer Mundart bei. Von besonderem Interesse war die Besichtigung der Oberwärthauer Schule und der Ausstellung zeichnerischer Arbeiten, wobei man sich von dem ungewöhnlichen Kunstmuseum manches Volkschülers überzeugen konnte, der von dem Schulleiter Schwan in vorbildlicher Weise angeleitet wird.

Über die wirtschaftliche Lage in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten Africas sprach am letzten Vortragabende des Reichsverbandes der Kolonialdeutzen Hauptmann der Schutztruppe a. D. Winkler, Beirat des Reichswanderungsrates. Am ehemaligen Deutsch-Ostafrika in die Lage treulos. Senden verbreiten sich, angekommene Waren verderben. Die Siedler sind beträchtlich erhöht, wer nicht zahlen kann, wird zur Zwangarbeit beim Straßenbau herausgezogen. Der größte Teil der Eingeborenen hört noch zu Deutschland. Ebenso fehnen sich die Einwohner in Togo nach deutscher Herrschaft zurück. In Kamerun verlassen ganze Stämme das Land, um sich im englischen und spanischen Gebiet anzusiedeln. Die Stadt Duala ist infolge Verwahrlosung nicht mehr wiederzuerkennen. Dagegen liegen die Verhältnisse in Südwestafrika unglaublich günstiger, wenn auch die Unzufriedenheit und Unzufriedenheit der Eingeborenen im Zweckbenen bestehen. Sobald die jetzt herrschende Wirtschaftskrise überwunden ist, wird sich für viele unserer Nachbarer dort eine neue Betätigungs möglichkeit bieten. Einwanderer, die im Besitz der vom Permit Officer in Windhuk ausgestellten Einreiseerlaubnis sind, werden zur Pandur ohne weiteres zugelassen. Bekanntlich hat Simms ein großes Interesse am Wiederaufbau Südwestafrikas. Man sieht daher seinen lösungen mit Spannung entgegen.

* Eine Jugendtagung der Deutschen Volkspartei in Sebnitz am Sonnabend und Sonntag aus Anlass des Gründungsfestes der im Vorjahr in dieser Hochburg des Sozialismus und Kommunismus gegründeten Drittklasse hatte aus vielen Teilen Deutschlands und dem benachbarten Böhmen zahlreiche Teilnehmer in das freundliche Grenzstädtchen geführt, wenn auch infolge der politischen Lage von der anfangs geplanten Kundgebung größeren Stils abgesehen worden war. Verschiedene Redner, so auch der Prager Abgeordnete Kallina und Dr. Rößler. Dem Abschluss wurde die Reichstagsabgeordnete Dr. Voith, der in seiner tschechischer Heimat Berühmtheit und Gemeinschaft als die zwei Söhne präsent, die deutsches Volkstum mit Hilfe einer echten deutschen Jugend wieder aufwärts führen würden. Die bedrängte Lage der Deutschen in Böhmen schilderten in beredten Worten die Prager Abgeordneten Kallina und Dr. Rößler. Dem Abschluss wurden zahlreiche Bildergeschenke und Geschenke dargebracht. Am Sonntag legte eine Abordnung früh Kränze am Kriegerdenkmal auf dem Friedhof zum Andenken an die gefallenen Helden nieder, dann fanden die Beratungen des Wahlkreisjugendabkusses Ottakriss statt, nachmittags ein deutsch-nationaler Gaukongress der Deutschen Böhmen im tschechisch-slowakischen Karlsbad bei Nürnberg, wobei wiederum die genannten Prager Abgeordneten sprachen. Die erhabende Reise am Sonnabend sowie die mächtvolle Kundgebung am Sonntag verließen ohne Sichtung, obwohl in Sebnitz am Sonntag mitteilt die Kommunisten einen Demonstrationstag geplant hatten.

Die christlichen Gewerkschaften und die Not der Gegenwart laufen das Thema eines Vortrages, den auf Veranlassung des Kartells der christlich-nationalen Gewerkschaften Dresden am Freitag 8 Uhr im Gemeindesaal der Gewerkschaftsleitung, Körnerstraße 4, hintergebäude, Generalsekretär Kaiser, Köln, halten wird.

Die Gemeindegruppe des Allgem. Gewerkschaftsbundes in der Verbindungsgemeinde zu Dresden-Südosten hielt am Mittwoch einen Vortragabend im Wormser Hof. Am Mittwoch stand die Ansprache des Kaufmanns Siegel: "Wir und unsere Kinder". In zu Herzen gehender Weise wünschte er die Schwiege, wenn auch nicht leicht Aufgabe der Kindererziehung an treffenden Beispielen aus der Erfahrung heraus zu klären. Zum Schluss sprach noch Dr. Kleitz aus Niederlößnitz über das seit einigen Jahren in Leipzig bestehende Religionslehrseminar. Sie teilte u. a. mit, wie sie und andere Lehrkräfte, die jetzt die Prüfung an diesem Seminar ablegen hätten, bereit sind, mit ihren Kräften dem Reiche Gottes zu dienen, wenn Ge-meinden ihrer bedürfen.

Eine Herbstmodenschau veranstalteten die Dresdner Modenhäuser Atelier Klinger (Moszkowskistraße 18) und Modellhaus Opitz (Viktoriastraße 9) in Gemeindesaal mit der Firma J. Gärtnerei (Zwölfstraße) am 13., 14. und 15. September im großen Saale des Dresdner Konzerthauses.

Sächsische Räuberklubfahrt. Morgen, Mittwoch, nachmittags 15 Uhr, findet die nächste Vorstellung des Kabarett-Clubs, gespielt von Dr. R. C. Pauli, statt. Es kommt eine Aufführung: "Die gute Fee Angelika oder Rosper heißt die Königin Rosper", ein Märchenstück mit etwas Sonnenchein. Aufführung von Dr. Pauli. Karten bei G. Ries und an der Saaltoste.

Tagung der deutschen Fleischzüchter. Der Bund deutscher Fleierzvereine hat über die Tagung der deutschen Fleischzüchter am 26. bis 28. August in Dresden Beschluss, einen anfänglich gebrachten Bericht veröffentlicht, der im Auftrage des Bundes vom Geschäftsführer Dr. Ries, Berlin, verfaßt worden ist.

Geschäftsbericht im Versicherungsgewerbe. Die im Zentralverband der Ansiedelten Organisierten werden am Mittwochabend 7 Uhr im Regentenpalais an dem Schlesischen und den zu erzielenden Maßnahmen Stellung nehmen.

Berzelung "Ariele Säule" Dresden-Kabinett, Dresden. Die Berzelung veranstaltet am Donnerstag, 8 Uhr abends, im Goldenen Lam", Leipziger Straße, eine Berzelung zur Verhinderung der freien Säule gegen den Reichsregierungsentwurf. Lehrer Ariele spricht über die Bedrohung der allgemeinen Volksschule durch den Reichsregierungsentwurf. Anhänger feierte Aussprache.

Der Allgemeine Handelskongress hält morgen, Mittwoch, abend in Kapels Fabrikationsraum in Gorlitz Vieh einen amodlosen Preiswettbewerb für Handelsfeste ab. Thema: Fleischausbildung.

Bund der deutschen Unternehmer (in Dresden). Der Wahltag, dem Vorsitzende von Obmannen für die einzelnen Berufe und Unternehmungen, sowie von Unternehmer-Beisitzern in den Einigungskammern wird entgegengestellt. Der Einigungskammern ist mitzubringen. Gelände des Dresdner-A. Körnerhauses 22, Erdgeschoss.

Über: "Leben die Toten?" spricht heute Dienstag, 16. Uhr, Professor Dr. Max Dessoir im Künstlerhaus in einer Art der neuen spirituellen Vorlesungen. Karten bei G. Ries, D. und an der Abendstube.

Auf der Herbstblumenstrauß ist unter den zahlreichen Ausstellern, die alle einzeln an wichtigsten oder nur an bestimmten Leidenschaften vertreten, die kleine Niema Felix Geyer besonders geschickt vertreten. Sie steht in der Halle für Freudenbereit die große Ausstellung. Der große mit kleinen Blattplatten und Valen besetzte Korb ist in dieser prächtigen und großen Ausstellung noch auf keiner Thau gezeigt worden. In der Halle für Freudenbereit steht das monumentale weiße Kreuz von dem blauen Hintergrund schon von ferne die allgemeine Ausstellung auf. Die in den Tafeln und Schmuckstücken ausgestellten Bäume und Bäume, deren Vorhandensein von den Besuchern darüber hinaus betrachtet wird.

Dritte sächsische Landeswohlfahrts-Gesellschaft. Die Sitzung findet vom 19. bis 26. September unter Aussicht des Polizeipräsidiums in Dresden, im Löwenzahn, Klemmstraße 10. Kosten zu 5 Mr. und noch bei allen Städtelotterie-Schneemännern und sonstigen durch Platze kennlichen Geschenken, sowie beim Hauptvertrieb, Invalidenstiftung Sachsen in Dresden zu haben.

Nicht personengleich. Der Kontorist Georg Urban Johann-Meyer-Straße 18, bittet um Bekanntgabe, daß er mit dem Mordes an der Frau Urban verbündeten Bürgermeister Johann Georg Urban nicht personengleich ist.

Leipzig. Der Schriftleiter Paul Otto, der 20 Jahre lang den wissenschaftlichen Teil der "Leipz. R. Nachrichten" verantwortlich geleitet hat, ist 62 Jahre alt, gestorben. Am Sonnabend früh gegen 8 Uhr lag ein Tischler aus Connewitz in der Bornaischen Straße. Gute Klempnerstraße, drei Männer aneinander schlugen auf dem Fußweg liegen. Er konnte sich nicht enthalten, an sie heranzugehen und zu versuchen, einen davon zu weden. Da er es sich über verlor, war einer der anderen Männer aufgefahren, hatte ihn zu Boden gerissen und ihm schließlich noch einer längeren Falzgerade das Judentum über den Kopf gezogen und war damit gestorben. Später fand der Verfallene sein Judentum etwa 100 Meter vom Tatort entfernt wieder, jedoch ohne seine Brieftasche aus braunem Lackstuch, in der sich 300 Mark und einige Schriftstücke des Holzarbeiterverbandes befanden.

Bischöfswerda. Auf ein 75jähriges Beleben konnte am 12. September der hier erscheinende "Sächsische Erzähler" zurückblicken. Das Blatt wurde 1818 von Dr. Friedrich Christian Man begründet.

Pittau. Zum Direktor der Landwirtschaftlichen Behörde wurde Dr. Stockhausen aus Dresden unter Zustimmung des Landesfürsterrates Sachsen gewählt. Er hat das Amt bereits angetreten. Dr. Stockhausen leitete die Landwirtschaftliche Schule in Chemnitz in der Zeit von 1909 bis 1915 und war von da ab Verwaltungsbamier, anschließend wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der 5. Abteilung des sächsischen Wirtschaftsministeriums.

Schuberg (O.L.). Hingerichtet wurde im Hause des Gottscheer Gerichtsgerichts der Brunnenbauer Max Wolff aus Senftenberg, der wegen Mordes an der aus Schönbürg stammenden Fleischern Schadler und Heinrich Weimel zum Tode verurteilt worden war.

Gemeindliches.

** Ein starkes Erdbeben wurde gestern, Montag, früh von der Neimackischen Erdbebenwarte des Tauraus-observatoriums registriert. Der Verstand befindet sich etwa 15.000 Kilometer entfernt. Die erste Phase begann 5.10 Uhr, die zweite 5.25 Uhr, das Maximum wurde um 6.15 Uhr erreicht. Das Beben dauerte bis 8 Uhr.

** Eine Familiengrabstätte wurde am Sonntag aus Anlass des 80. Geburtstags der in Anfang der 80er Jahre lebende Soldarbeiter Karl Grau seine Schwester und seine Mutter nach einem Familiengrab mit einem Bett und ließ dann sich selbst von einem Baume überziehen.

** Überschwemmungen und Sturmwellen. Die Überschwemmung in San Antonio im Texas hat weit größere Dimensionen angenommen, als die ersten Berichten vermuten ließen. Alle Nebenflüsse des San Antonio sind innerhalb 30 Stunden über ihre Ufer getreten. Alle Bäche und Flüsse wurden reißend und stiegen an mehreren Stellen um 20 Centimeter. In mehreren Teilen der Stadt wurden Häuser einfach weggeschwemmt. Stellenweise ließ das Wasser bis zum zweiten Stockwerk. Bislang konnten 10 Leichen geborgen werden. Nach einer Meldung des "Daily Telegraph" sollen insgesamt 1200 Menschen umgekommen sein. Doch steht zu hoffen, daß es sich hierbei um eine leicht übertriebenen Anzahl handelt, die nachprüfen, ob nicht tatsächlich 1000 Menschen sterben. Auch in den Vereinigten Staaten haben die Überschwemmungen großen Schaden angerichtet. Der Mississippi ist völlig über die Ufer getreten. In Wettertown gingen fast alle Gebäude nieder, die bauen kurz vor der Wasseroberfläche der Flüsse um fünf Fuß tiefen. Am Norden des Landes verhinderte sich der Regen in Schnee. Die Temperatur in Montana nähert sich dem Gefrierpunkt, und man glaubt, daß die Kälte vielleicht den Osten anwandert. Die ersten Kältegrade wurden bereits in New York verzeichnet.

** Die Opfer eines Brückeneinsturzes. Nach einer Meldung des "New York Herald" aus Pennsylvania sind infolge des Einsturzes der Brücke über den Chester River 100 Personen ins Wasser gefallen. Von ihnen wurden 20 Leichen geborgen.

Gebäudkalender für heute:
Gebäudewerk: Montagsversammlung, Neuköllner Ratskeller. Dresdner Biederkasel: 8 Uhr, Probe.

Vorschläge für den Mittagsschiff. Böhmisch-Gartelstein.

Neustädter Schauspielhaus

am Albert-Platz.

Dienstag den 13. September, 14 Uhr:

Das vierte Gebot

Volkstheater in 4 Akten von Ludwig Anzengruber. Karten 10 bis 2 Uhr und ab 5 Uhr an der Tageskasse, sowie Invalidendank, Konzertdirektion F. Ries und Residenz-Kunsthaus. Telephonische Bestellungen Nr. 10671.

Ein alibewährtes Schönheitsmittel ist Gutmann's **Cosmos-Seife** DRESDEN

